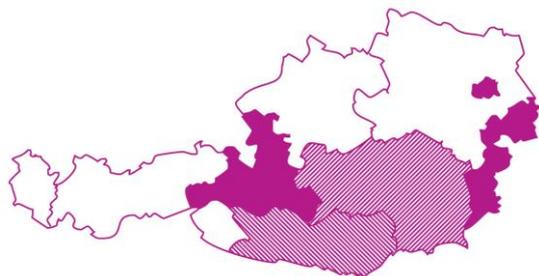




FACT SHEET WAHLALTERSENKUNG

Entwicklung



Wahlen auf Gemeinde- und Landesebene waren und sind Angelegenheit des jeweiligen Bundeslandes. Bis zum Jahr 2007 gab es in Österreich unterschiedliche Regelungen zum Wahlalter:

In drei der neun Bundesländer (W, B, S) wurde das Wahlalter bereits vor 2007 gesenkt (für beide

Ebenen: lokal and regional); in zwei Bundesländern (K, St) war das Wahlalter entweder für Gemeinde- oder Landesebene 16 Jahre und in vier Bundesländern (N, O, T, V) lag das Wahlalter generell bei 18 Jahren.

In den Bundesländern, die das Wahlalter bereits gesenkt hatten, gab es gute Erfahrungen und eine hohe Wahlbeteiligung unter jungen WählerInnen (gleich hoch wie die durchschnittliche Wahlbeteiligung in der restlichen Bevölkerung).

2005 initiierte die Bundesjugendvertretung eine Studie zum Wahlverhalten von 16- bis 18-Jährigen bei den Gemeinderatswahlen in Wien. Die Ergebnisse dieser Analyse zeigten, dass die gängigen Argumente gegen eine Wahlaltersenkung nicht länger plausibel waren:

Argumente gegen die Senkung des Wahlalters - CONTRAS:

- Junge Menschen sind (politisch) unreif
- Junge Menschen haben ein radikaleres Wahlverhalten
- Junge Menschen wollen selbst nicht wählen
- Junge Menschen haben genug Möglichkeiten zur Partizipation

Argumente für die Wahlaltersenkung - PROs:

- + Junge Menschen sind in der Lage verantwortlich zu handeln und ihr Verhalten zu reflektieren
- + Junge Menschen treffen ihren Entscheidungen aufgrund von Informationen
- + Junge Menschen sind politikinteressiert und wollen verlässliche Informationen erhalten
- + Junge Menschen sollten gemäß ihren Pflichten mit adäquaten Rechten ausgestattet sein



Kampagnen der Bundesjugendvertretung

Wal (16) – Geht zu den Wahlen!

2005 erstellte die BJV eine Broschüre mit folgenden Informationen:

- Situation in den Bundesländern
- Positionen der Parteien zur Wahlaltersenkung
- PROs und CONTRAs zur Wahlaltersenkung

Zusätzlich wurden Plakate und Sticker produziert, die das Wortspiel Wal (16) mit einem entsprechenden Sujet visualisierten.

vote4future (2002-2006)

Das Ziel der Kampagne war es, Jung- und ErstwählerInnen zur Wahl zu bringen und zum Wahlrecht in Österreich zu informieren. Die Kampagne wurde auch dazu genutzt, um Lobbying für die Wahlaltersenkung zu betreiben. Das zentrale Tool der Kampagne war die Website www.vote4future.at.

vote4future wurde insgesamt sechs Mal organisiert (erste Runde: 2002, letzte Runde: 2006); das größte Projekt war eine Bus-Tour durch Österreich (Tour d'Autriche, Europa-Parlamentswahlen 2004).

JUGENDAGENDA06

In öffentlichen Diskussionen während des Wahlkampfs zur Nationalratswahl 2006 wurde ein Forderungskatalog an die zukünftige Regierung präsentiert und diskutiert und dabei allen SpitzenkandidatInnen der kandidierenden Parteien überreicht.

Die Wahlaltersenkung und der Ausbau von Möglichkeiten der politischen Partizipation von jungen Menschen rangierten dabei unter den wichtigsten Forderungen.

16+

EU-Stars '09 – get the vote!

Bei den Europa-Wahlen 2009 waren erstmals 16-Jährige wahlberechtigt – allerdings nur in Österreich.

Die Bundesjugendvertretung startete im Mai 2009 unter dem Slogan „EU-Stars '09 – get the vote!“ eine Jugendkampagne zur Europawahl, die sich an Jung- und ErstwählerInnen ab 16 Jahren richtete.

Über die Website www.eustars.at liefert die Kampagne jugendgerechte Wahlinformation und motiviert junge Menschen durch Aufgreifen von Jugendthemen, sich mit der Europawahl auseinander zu setzen.

Ein Online-Spiel und die Möglichkeit Fragen an die SpitzenkandidatInnen zu stellen sind die interaktiven Elemente der Kampagnen-Website.



Wahlaltersenkung 2007

Um bei der Implementierung der Wahlaltersenkung alle Bereiche der Partizipation durch Wahlen zu erfassen, mussten etliche Gesetze geändert werden (bspw. EU-Parlamentswahlen, Präsidentschaftswahlen, Volksabstimmung). Aufgrund des in der Verfassung verankerten Homogenitätsprinzips mussten nach den notwendigen Beschlüssen in Ministerrat und Nationalrat auch jene Bundesländer, in denen das Wahlalter bislang nicht bei 16 Jahren lag, ihr Wahlrecht entsprechend anpassen.

Was danach geschah - Konsequenzen der Wahlaltersenkung

- Junge Menschen wurden stärker als bisher Zielgruppe von Parteien und PolitikerInnen.
- Jugendarbeit und Jugendorganisationen fordern nach wie vor die verstärkte Förderung von Maßnahmen der politischen Bildung im formalen wie im nicht-formalen Sektor sowie die Anerkennung von nicht-formaler Bildung.
- Konkrete Maßnahmen im Bereich „Politische Bildung“ (siehe nächster Abschnitt).

Politische Bildung - Massnahmen

- Reform des Schulorganisationsgesetzes: Implementierung des Fachs “Politische Bildung” in Kombination mit “Geschichte”; ab 2014: Verankerung der Politischen Bildung als Pflichtmodul ab der 6. Schulstufe im Rahmen des Unterrichtsgegenstandes Geschichte und Sozialkunde/politische Bildung. Schulautonom ist auch die Führung eines eigenen Unterrichtsgegenstandes möglich (Passus im Regierungsprogramm muss noch konkreter ausdefiniert werden)
- Einrichtung eines Lehrstuhls für Didaktik der Politischen Bildung
- Demokratie-Werkstatt des Parlaments: Workshops für SchülerInnen, die mit einem Besuch des Parlaments gekoppelt sind; interaktive Online-Plattform www.demokratiewerkstatt.at

Studienergebnisse

WählerInnen ab 16...

- machen von ihrem Wahlrecht genauso zahlreich Gebrauch wie ältere WählerInnen.
- unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Wahlentscheidung wesentlich nach ihrem sozioökonomischen Hintergrund und der Tatsache, ob sie sich noch in Ausbildung oder bereits in Beschäftigung befinden.
- gehen zur Wahl, weil ihnen die Möglichkeit zur Mitbestimmung und ihr Wahlrecht wichtig sind. Ihre Zweifel beziehen sich eher auf das Angebot der Parteien, nicht auf die Wahl an sich.
- sind nicht „politikverdrossen“, sondern sie gehen auf Distanz zu Parteien und politischen Institutionen.



- treffen ihre Wahlentscheidung aufgrund von Informationen (was gegen das Argument der angeblich leichteren Manipulierbarkeit von jungen WählerInnen spricht). Sie wünschen sich dezidiert mehr Informationen und weniger inhaltsleere Wahlkampf-Slogans.
- interessieren sich vor allem für die „Zukunftsthemen“ Ausbildung/Bildung, Jugendarbeitslosigkeit, Gleichberechtigung und Armut.

Weiterführende Links zu Studien

SORA - Wählen mit 16: <http://www.sora.at/themen/wahlverhalten/waehlen-mit-16.html>

Austrian National Election Study: <http://www.autnes.at/>

Fazit

→ Wählen mit 16 – wozu?

Um junge Leute in den Mittelpunkt zu stellen. Einerseits wird die WählerInnen-Gruppe ab 16 Jahren vor allem über die Medien ein öffentliches Thema und gesellschaftspolitisch relevant; andererseits müssen sich PolitikerInnen und Parteien überlegen, wie sie diese neue WählerInnen-Gruppe erreichen und ansprechen können.

→ Wählen junge WählerInnen radikaler als andere?

Nein. JungwählerInnen entscheiden sich aufgrund von Informationen und klaren Botschaften für eine Partei – sie fordern daher mehr Informationen und das Aufgreifen von Themen, die für sie relevant sind.

Gibt es in einem Land Probleme mit radikalen Parteien, so sollte dies kein Hindernisgrund für eine Wahlaltersenkung sein – diese wird an einer solchen Problemsituation nichts verbessern und nichts verschlechtern (weil ja Jugendliche nicht „radikaler“ wählen als andere Bevölkerungsschichten).

→ Sind junge Menschen überhaupt an Politik interessiert?

Definitiv: Jugendliche und junge Erwachsene sind an Politik interessiert und geben auch an, dass die Senkung des Wahlalters und die Beteiligung an Wahlen ihr Interesse gesteigert hat. Drei Viertel der Befragten verfolgen zumindest ein- bis zweimal pro Woche oder sogar öfter politische Themen. Junge WählerInnen nehmen sehr bewusst wahr, ob PolitikerInnen und Parteien ihre Anliegen und Bedürfnisse ernst nehmen und diese thematisieren.

→ Vorbereitung und Begleitmaßnahmen

Klarer als je zuvor ist jetzt, dass die Senkung des Wahlalters vorbereitende und begleitende Maßnahmen im Bereich der politischen Bildung erfordert. Neben der Schule als konkretem Lernort für Partizipation kommt auch dem nicht-formalen Bildungssektor, indem vor allem Jugendorganisationen aktiv sind, eine entscheidende Rolle zu. Daher braucht es eine dementsprechende (finanzielle und ideelle) Unterstützung von politischer Bildung im Rahmen von Jugendarbeit.